

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Außenwirtschaftliche Aufgaben der britischen Politik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1951) : Außenwirtschaftliche Aufgaben der britischen Politik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 11, pp. 6-7

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131407>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

D-Mark zur Verfügung gestellt. Die Ausweitung des Geldvolumens von dieser Seite — seit Januar dieses Jahres allein rund 800 Mill. D-Mark — dürfte ihren Höhepunkt ungefähr erreicht haben. Denn es ist unwahrscheinlich, daß sich der Export, der im September nur noch geringfügig zugenommen hat, nochmals im Tempo und Ausmaß der Vorkriegsmonate ausdehnen wird. Außerdem aber dürfte nach der bisherigen ständigen Steigerung der durch das Zentralbanksystem gewährten Exportkredite nunmehr eine Kreditmarge erreicht sein, die es gestattet, einen erheblichen Teil der laufenden Einfuhr vorzufinanzieren. Daher ist von dieser Seite mit einem weiteren nennenswerten Einstrom von Zentralbankgeld wohl nicht mehr zu rechnen.

Die Ausfuhrsteigerung der letzten Zeit hat sich, wie bereits erwähnt, in der Geldsphäre noch auf eine zweite Art expansiv ausgewirkt. Die ausgezahlten DM-Gegenwerte für die aus dem Exportgeschäft anfallenden Devisen waren erheblich größer als die bei dem Erwerb von Importdevisen erfolgten DM-Einzahlungen. Das

zwangsläufige Korrelat dazu war eine stetige Zunahme der Devisenbestände der Bank deutscher Länder. Wenn auch die Erhöhung der Ausfuhr — zum mindesten vorübergehend — die günstige Wirkung hat, die Aktivseite der Zahlungsbilanz zu verbessern, so wird doch andererseits durch das damit verbundene Einfließen von Zentralbankgeld in die Wirtschaft eine zusätzliche Nachfrage geschaffen. Entscheidend ist aber, wie die Zentralbank den Devisenüberschuß verwendet. Dient er der Rückzahlung von Schulden, der Abdeckung von Defiziten, so gehen die Devisen im Endeffekt der Volkswirtschaft verloren, ohne daß dafür — jetzt oder später — auf der Waren- oder Dienstleistungsseite ein Zuwachs erfolgt. Letztlich wird auf diese Weise ein in der Vergangenheit liegender Verbrauch von Waren oder eine frühere Inanspruchnahme von Dienstleistungen in der Gegenwart beglichen. Ganz anders liegen die Verhältnisse, wenn der Devisenüberschuß einem Reservefonds zugeführt wird. In diesem Falle besteht zu jeder Zeit die Möglichkeit, der zusätzlich auf dem

Inlandsmarkt entstandenen Nachfrage, soweit sie eben aus den Auszahlungen der DM-Gegenwerte für Exporterlöse herrührt, ein entsprechendes Angebot durch Verstärkung der Einfuhren gegenüberzustellen. Dies wäre vor allem erforderlich, um einer allgemeinen Preissteigerung entgegenzuwirken oder um Verknappungen zu vermeiden.

Ein Devisenanfall, der die (manipulierte) Nachfrage nach Devisen weit übersteigt und daher, falls andere Faktoren nicht kompensierend wirken, zwangsläufig zu einer Aufblähung des Geldvolumens führt, kann auf längere Sicht nur dann zu einer Gefahr für die Marktversorgung werden, wenn der Devisenüberschuß in erster Linie für die Regulierung alter Verpflichtungen verwendet werden muß, d. h., für die Bezahlung bereits verbrauchter Waren oder früher beanspruchter Dienstleistungen. Dieses Problem wird für die westdeutsche Wirtschaft im Zusammenhang mit der geplanten Regelung der deutschen Auslandsschulden besonders an Bedeutung gewinnen. (bn.)

Außenwirtschaftliche Aufgaben der britischen Politik

London, den 15. 11. 1951
Das konservative Kabinett hat sich mit einer der Dringlichkeit der außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Probleme entsprechenden Energie und Eile ans Werk gemacht. Daß Churchills Rückkehr in die Downing Street im befreuten London und vor allem in den USA. herzlich begrüßt wurde, ist in Whitehall und auch in der City mit Befriedigung notiert worden. Wenn aber amerikanische Kommentatoren mit Ungeduld auf die ersten Erfolge des „starken Mannes“ daheim und eine Aktivierung der britischen Außenpolitik warten, so beobachten offiziöse Kreise in London eine solche Verkennung der äußeren Umstände mit Unruhe. Die großen objektiven Schwierigkeiten, die seit dem Kriege mit fataler Regelmäßigkeit alle zwei Jahre zu Währungs- und Wirtschaftskrisen geführt haben, sind ja nicht mit einem Schlag

verschwunden, sondern müssen mit ungeheuer viel Geduld und Zähigkeit unter großen Opfern für die Bevölkerung aus dem Wege geschafft werden. Es war daher die erste Aufgabe der konservativen Regierung, der Bevölkerung im eigenen Lande und auch Englands Freunden im westlichen Lager reinen Wein einzuschenken. Dazu bot der Besuch von Trumans Sonderbeauftragtem Harriman in seiner neuen Rolle als Chef der Verwaltung für gegenseitige Sicherheit und Edens persönlicher Kontakt mit Acheson auf der Plenarversammlung der Vereinten Nationen eine willkommene Gelegenheit.

Es ist keine leere Phrase, wenn verantwortliche Sprecher Großbritanniens und der USA. davon sprechen, daß die Beziehungen zwischen ihren beiden Ländern nie enger waren als gegenwärtig. Sie müssen aber nach englischer Auffassung noch inniger gestaltet wer-

den. Aus dieser engen Verbindung und den Verpflichtungen beider Länder dritten gegenüber ergeben sich jedoch Probleme besonderer Art, unter denen die währungs- und wirtschaftspolitischen zur Zeit am dringendsten erscheinen. Eine Überprüfung der Situation im Lichte des ihnen nun zugänglichen amtlichen Materials hat die Konservativen paradoxerweise der linkssozialistischen Auffassung, daß Wiederaufrüstung im projektierten Ausmaß ohne gefährliche Einschränkung des Inlandskonsums oder der lebensnotwendigen Ausfuhr unmöglich ist, nähergebracht. Man erkennt jetzt allgemein in England, daß die vorzeitige Beendigung des Marshall-Hilfsprogramms für Großbritannien, so schmeichelhaft sie seinerzeit erschien, wirtschaftlich nicht gerechtfertigt war und zu einer gefährlichen Verkennung der Schwere der englischen Wirtschaftslage so-

wohl im eigenen Lande als auch in den USA. geführt hat. Jetzt gilt es, zusammen mit den amerikanischen Freunden die britischen Rüstungsausgaben mit den erwarteten amerikanischen Auslandshilfeleistungen für England aufeinander abzustimmen.

Es handelt sich hier bei nicht um einen Fragenkomplex, der nur die USA. und Großbritannien angeht. Alle Mitglieder des Sterling-Blocks und vor allem die asiatischen Dominien sind lebhaft an Londons Dollarbilanz interessiert, hängt doch von ihr weitgehend ab, ob sie mit Sicherheit auf die von ihnen benötigten Industriewaren rechnen können. Darüber hinaus wünscht man im Commonwealth eine stärkere amerikanische Beteiligung an den strategisch ebenso wie wirtschafts- und sozialpolitisch wünschenswerten großen Kapitalinvestitionen in unterentwickelten Überseegebieten, und London würde auch eine stärkere Beteiligung der USA. an der Entwicklung und Befriedung des Nahen Ostens begrüßen. In der britischen Strategie rangiert dieses Gebiet traditionell an zweiter Stelle (nach den britischen Inseln vorgelagerten Niederlanden), und seine Bedeutung als Lebensader des Commonwealth ist durch die Entwicklung des Flugverkehrs keineswegs geschmälert worden. Umso wichtiger ist es, daß hier Ruhe und Stabilität herrschen. Die Entdeckung unermeßlicher Erdölvorkommen und der Anschluß an die westliche Lebensweise, zumindest in den großen Städten, haben zwar große Reichtümer in dieses von der Natur so kärglich und dabei doch so reichlich bedachte Gebiet fließen lassen, aber die sozialen und ökonomischen Konflikte nur noch verschärft.

In London sieht man eine direkte Parallele zwischen den unterentwickelten Gebieten des Commonwealth und dem formal unabhängigen, faktisch aber ebenfalls auf

Auslandskapital angewiesenen und dabei viel weniger stabilen Nahen Osten. Die hier im Interesse außenpolitischer Stabilität dringend erforderlichen sozialen und innenpolitischen Reformen bedingen auf wirtschaftlichem Gebiet große Investitionen, die aber England nicht allein vornehmen kann. Private Kapitalgruppen zeigen sich höchst unwillig, größere Beträge in andern Industrien als der Rohstoffgewinnung anzulegen, und die Regierungen dieser Länder haben nichts getan, um ein für Auslandskapital günstiges politisches Klima zu schaffen. Der übertriebene, von den Regierungen aus innenpolitischen Gründen geschürte Nationalismus hat eine deutliche sozialrevolutionäre Spitze. Angesichts des betont antibritischen Charakters der Volksstimmung im Nahen Osten fiel es dem Foreign Office zunächst nicht leicht, das State Department von der grundsätzlichen Übereinstimmung britischer und amerika-

nischer Interessen in diesem Gebiet zu überzeugen, aber heute besteht zwischen London und Washington bereits weitgehendes Einverständnis hinsichtlich einer gemeinsamen politischen Linie im Verhältnis mit den Staaten des Nahen Ostens. Wenn London von einer Verbindung von britischer Erfahrung und amerikanischer Kapitalkraft spricht, während Washington mehr von amerikanischem diplomatischen und organisatorischen Geschick erwartet, so sind dies taktische Unterschiede, die die Strategie der westlichen Außenpolitik in diesem gefährdeten Gebiet nicht berühren. Bei Verhandlungen, die so viel Takt und doch auch Beharrlichkeit verlangen wie die mit Persien und Ägypten, könnte in den Nahost-Staaten leicht der Eindruck entstehen, sie könnten die beiden angelsächsischen Mächte gegeneinander ausspielen. London hat daher mit Befriedigung festgestellt, daß dieser Punkt in Washington volle Berücksichtigung findet. (A.)

Pariser Mißtrauen gegenüber London

Paris, den 17. 11. 1951

Selbst der linke Flügel der öffentlichen Meinung Frankreichs begrüßte den Ausgang der britischen Wahlen, nicht zuletzt, weil man die Phantasielosigkeit der Politik der britischen Arbeiterpartei als ermüdend empfand. Ganz allgemein erhofft man sich von dem Wechsel eine größere Dynamik. Beruhigend wirkte für diesen linken Flügel die fast unverändert gebliebene Stärke der Arbeiterpartei. In Pariser diplomatischen Kreisen erfreuen sich Churchill und Eden zahlreicher Sympathien, und nach außen hin rechnet man ziemlich begeistert mit der Möglichkeit einer sehr engen Zusammenarbeit und sogar mit einer Wiederbelebung der „Entente Cordiale“. Hinter den Kulissen sieht das Bild etwas anders aus,

und die Bedenken überwiegen offensichtlich gegenüber der Begeisterung.

Man glaubt, das erste weltpolitische Ziel Churchills in der Wiederaufrischung des Prestiges des britischen Imperiums sehen zu dürfen. Bezeichnenderweise war in Paris unmittelbar nach Bekanntgabe des konservativen Wahlerfolges von einer angeblich beabsichtigten Einberufung einer Dreierkonferenz durch Churchill die Rede. Dies würde die Fortsetzung der von Frankreich nie gebilligten Politik von Teheran und Yalta bedeuten. Ein solcher Plan müßte allerdings an den politischen Realitäten scheitern, denn die USA. können bei einer Aussprache mit Moskau zwar auf die französische Beteiligung verzichten, nicht aber auf die An-



VEREINSBANK IN HAMBURG

AUSSENHANDELSBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 34 10 15
TELEGR.-ADR.: VEREINSBANK, FERNSCHREIBER: 021203 UND 021461

wesenheit eines Vertreters des kontinentalen Europas, wofür nach französischer Ansicht bis auf weiteres nur ein Franzose in Frage kommt. Unabhängig davon steht es aber außer Zweifel, daß sich die Außenpolitik Churchills in erster Linie auf das britische Commonwealth und in zweiter Linie auf eine sehr enge Zusammenarbeit mit den USA. stützen will. In diesem Rahmen bleibt dann für eine britisch-französische Zusammenarbeit nur wenig Raum. Das gilt nicht zuletzt für das Mittelmeer, wo Churchill angeblich den größten Wert darauf legt, sich die amerikanische Freundschaft zu sichern, selbst wenn er hierfür einen ziemlich hohen Preis zu bezahlen hat, während sein Vorgänger bereit war, die von Paris schon lang ersehnte britisch-französische Einheitsfront gegenüber dem für falsch angesehenen amerikanischen Antikolonialismus herzustellen.

Auch für Europa erwartet man von dem politischen Wechsel in London keine besonderen Wunder. Man begnügt sich mit der im September in Washington von dem damaligen britischen Außenminister Morrison abgegebenen Erklärung, Großbritannien würde in Zukunft selbst ohne eigene Beteiligung im Rahmen seiner Möglichkeiten die kontinentale Einigung unterstützen. Man glaubt in Paris nicht, daß Churchill über dieses Versprechen hinausgehen wird und kann. Man will zwischen seinen Erklärungen als Oppositionsführer und seinen Verpflichtungen als Regierungschef sehr genau unterscheiden. Eines der wichtigsten Argumente ist die starke Bindung der Konservativen an die Traditionen des Commonwealth. Die französischen Diplomaten überhörten nicht die vielleicht überstürzte Ankündigung eines konservativen Politikers der beabsichtigten Kündigung des Abkommens von Torquay zur Wiederherstellung des Präferenzsystems innerhalb des Commonwealth.

Beruhigend wirken die nach den britischen Wahlen von verschiedenen Seiten gemachten Zusicherungen, die Regierung Churchill würde die letzte von Morrison eingeschlagene Linie in der Europafrage

beibehalten, d. h., die kontinentalen Bestrebungen mit wohlwollender Neutralität beobachten. Nichts wäre jedenfalls in Paris unerwünschter als ein aktives Eingreifen Großbritanniens in die neue Phase der Europapolitik, d. h., in die Schaffung einer zunächst auf die sechs Schumanplanländer beschränkten politischen Föderation nach den weitgehend übereinstimmenden Plänen der Union der

Europäischen Föderalisten, des französischen Außenministers Schuman und des paneuropäischen Grafen Coudenhove-Kalergi. Jede britische Initiative käme nämlich einem Störungsversuch gleich, da eine etwaige Beteiligung Großbritanniens unabhängig von seiner Regierungsmehrheit allen eingeweihten diplomatischen Kreisen in Frankreich als völlig unmöglich erscheint. (fr.)

Frankreichs Wirtschaftsinteressen im Nahen Osten

Paris, den 16. 11. 1951

Als der persische Ölkonflikt begann, erklärte Paris, es sei an dieser Angelegenheit nicht unmittelbar interessiert, zumal Persien nur wenig zur französischen Erdölversorgung beitrage. Diese Ansicht erwies sich sehr schnell als recht kurzfristig, besonders als auch Irak, an dessen Erdölproduktion Frankreich zu fast einem Viertel beteiligt ist und von dem es wirtschaftlich gesehen recht stark abhängt, seine Ansprüche anmeldete und im Anschluß daran die arabische Stichflamme auf Ägypten übersprang. In Wirklichkeit war die französische Gleichgültigkeit in Persien eine diplomatische Form der Schadenfreude über das britische Mißgeschick, denn man hat dem englischen Partner noch lange nicht seine langjährige Intrige gegen den französischen Einfluß im Mittleren Osten und in Nordafrika verziehen. Inzwischen hat man aber gemerkt, daß Schadenfreude ein schlechtes Werkzeug zur Verteidigung eigener Interessen ist. Die französische Diplomatie wurde ziemlich schnell zu einer entschlossenen Vorkämpferin der atlantischen Solidarität, vom Persischen Golf bis zur Straße von Gibraltar.

Der Verlust der kaum Devisen erfordernden Erdöllieferungen aus Irak wäre für Frankreich eine viel größere wirtschaftliche Katastrophe als für Großbritannien ein endgültiger Verzicht in Persien. An der Suezkanalgesellschaft, deren Sitz sich bekanntlich in Paris befindet, sind unverändert erhebliche französische Kapitalien beteiligt. Noch bedeutender ist der kulturell untermauerte wirtschaftliche Einfluß Frankreichs in Ägypten.

Es war kein Zufall, wenn nach Kairo einer der fähigsten französischen Diplomaten der Nachkriegszeit, Couve de Murville, entsandt wurde. Die französische Handelspolitik war in den letzten Jahren geschickt genug, um zu dem augenblicklichen Ergebnis zu kommen, die bedeutenden Baumwollkäufe ihres Landes in Ägypten restlos durch Warenlieferungen zu bezahlen. In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres bezog Ägypten aus Frankreich Waren im Werte von 18,9 Mrd. frs., d. h. mehr als alle anderen Länder des Mittleren Osten zusammen. Die türkischen Käufe beliefen sich nur auf 6,5 Mrd. und die Käufe Israels auf 4,2 Mrd. frs. Über eine starke Stellung verfügt Frankreich traditionsgemäß und trotz seiner politischen Niederlage im Jahre 1943 — für die man übrigens in Paris fast einmütig Großbritannien verantwortlich macht — in Syrien und im Libanon. Auch in diesen beiden Ländern ist die französische Handelspolitik stark aktiv. Nach einer kurzen Periode der Verdrängung gelang es den französischen Wirtschaftsinteressenten, wieder stark Fuß zu fassen. Sie widersetzen sich auch erfolgreich der amerikanischen Konkurrenz und spielen heute unbestritten die führende Rolle. Wirtschaftlich gesehen ist dagegen Israel für Frankreich von zweifelhafter Bedeutung. Die französische Ausfuhr nach diesem Staate ist dauernd durch die Tatsache völlig ungenügender Gegenlieferungen bedroht. Frankreich ist nicht in der Lage, die Ausfuhrerzeugnisse von Israel auch nur in geringen Mengen aufzunehmen. In den ersten neun Monaten von 1951 er-

reichte so die französische Einfuhr nur 62,2 Mill. ffrs., d. h. rund 1,5 % der entsprechenden Ausfuhr.

Die große französische Sorge im Mittleren Osten ist selbstverständlich das Übergreifen des arabischen Nationalismus auf Tunesien und Marokko. Aus diesem Grunde sieht

die französische Diplomatie eine ihrer Hauptaufgaben für die kommende UNO-Tagung darin, die arabische Klage über die Verhältnisse in Marokko ohne Diskussion abweisen zu lassen. Man beschleunigt ferner die Besprechungen mit Tunis und Rabat über die Ausdeh-

nung der tunesischen und marokkanischen Autonomie. Schließlich rechnet man für Nordafrika mit der britischen Unterstützung und wartet ungeduldig auf den amerikanischen Entschluß, auf weitere Intrigen in Marokko gegen die französische Verwaltung zu verzichten. (-ch)

Was hat der deutsche Außenhandel vom Schuman-Plan zu erwarten?

Mit dieser Einsendung des Bundestagsabgeordneten Helmut Kalbitzer, Hamburg, wird ein Gespräch eröffnet, das wir im Dezember-Heft auf internationaler Ebene fortführen wollen. Das Teilstück einer europäischen Wirtschaftsunion, das der Schuman-Plan darstellen soll, bedingt im Wirtschaftsgefüge der beteiligten Länder Umstellungen und verlangt Opfer, denen der Ausgleich auf anderen Teilgebieten noch fehlt. Infolgedessen ist die Meinung über die wirtschaftliche und soziale Bedeutung dieses Teilplanes in den verschiedenen Wirtschaftskreisen der verschiedenen Länder sehr geteilt. Der Wirtschaftspolitiker wird ein Studium der oft widersprechenden Argumente begrüßen.

Die Hälfte der benötigten Nahrungs- und industriellen Rohstoffe müssen wir einführen. Die Einfuhrabhängigkeit ist durch die Zerreißung Deutschlands größer als vor dem Krieg und muß durch gesteigerte Ausfuhren bezahlt werden.

Knappe Produkte sind im Außenhandel nur gegen andere knappe Waren oder gegen harte Dollars zu haben. Versuche der „Liberalisierung“ haben diese Tatsache nicht überwinden können; ja seit Beginn des Korea-Krieges ist diese Tendenz wieder stärker geworden, weil eine Jagd nach strategischen Rohstoffen einsetzte, die heute begehrter sind als industrielle Fertigwaren.

Die heute üblichen kurzfristigen Handelsabkommen, die die früheren langfristigen Verträge abgelöst haben, bestehen im wesentlichen aus Warenlisten, in denen sich die Partner Lieferzusagen machen, die nach der Knappheit der gegenseitig benötigten Waren ausgetauscht werden: Deutschen Lieferungen von Kohle und Walzwerkserzeugnissen entsprechen Erze, Holz, NE-Metalle, Fett, Zucker, Baumwolle usw.

Der Schuman-Plan sieht vor, daß die „Hohe Behörde“ die Verfügungsgewalt über Produktion, Verteilung und Preisgestaltung für Kohle und Eisen hat. Das verpflichtet, die voraussichtlichen Auswirkungen auf den deutschen Außenhandel zu untersuchen.

Der Plan sieht in der wirtschaftlichen „Normallage“ den freien Austausch der Güter vor, ohne Zollhemmungen innerhalb der Mitgliedsstaaten, aber zu den von der „Hohen Behörde“ festgelegten Preisen. Diese Preise müssen die Rentabilität der Betriebe des zu beliefernden Gebiets gewährleisten. (Artikel 60 b). Unrentable Betriebe können also nicht totkonkurriert

werden, es sei denn, die „Hohe Behörde“ gibt dazu die Genehmigung durch niedrigere Preisfestsetzung. Es wird also kein „einheitlicher“ Markt hergestellt, wie es in den Entwürfen hieß, sondern ein „gemeinsamer“ Markt, wie es im Vertragsentwurf heißt. Die Aufhebung der Zollschranken wird ersetzt durch gebietliche Preisfestsetzungen, Produktions- und Lieferauflagen.

Artikel 59 befaßt sich dagegen mit den „Anomalsituationen“, wenn „... innerhalb der Gemeinschaft (für Kohle und Eisen) eine ernstere Mangellage besteht ... so nimmt die „Hohe Behörde“ selbst die Verteilung des Aufkommens der Gemeinschaft auf die Mitgliedsstaaten entsprechend dem Verbrauch und den Ausfuhren vor.“ In einer Lage wie der heutigen verliert Deutschland hierdurch die Verfügungsgewalt über seine handelspolitisch wichtigen Ausfuhr Güter.

Welche Vorteile erhofft man sich andererseits hieraus? Nach Meinung der deutschen Regierung erhalten wir bei einem „Rückgang der Nachfrage“, von dem der Artikel 58 handelt, den sicheren Markt der Gemeinschaft für unseren Kohlenabsatz. Denn, so behauptet die Regierung, wie bei der Mangelware erst die Teilnehmer bedacht würden, so seien auch umgekehrt im Überfluß der Absatzkrise diese Länder zur bevorzugten Abnahme der Produktion ihrer Mitglieder verpflichtet. Diese Behauptung findet im Text leider keine Bestätigung. Im Gegenteil, es werden im Art. 58 einschränkende Produktionsquoten festgesetzt und den Nichtmitgliedsstaaten nach Art. 74 ihr Lieferanteil gesichert.

Es besteht also in diesem Falle innerhalb der Gemeinschaft keine

Verpflichtung zur Bevorzugung der eigenen Mitglieder gegenüber der Konkurrenz von Nichtteilnehmerländern. Wäre es anders, könnte man auch kaum erwarten, daß England sich dem Vertrag gegenüber so gleichgültig verhielte.

Die „Normallage“ ist in den letzten Jahrzehnten die Ausnahme, die im Vertrag als Ausnahmen behandelten Mangel- und Überflusssituationen sind die üblichen gewesen. Der Vertrag enthält keine Möglichkeit, die „Normallage“, die durch ein ausreichendes Angebot ohne krisenhafte Absatzschwierigkeiten gekennzeichnet ist, als Dauerzustand herzustellen. Ohne wirtschaftliche Gesamtplanungen der beteiligten Länder und der gegenseitigen Abstimmung dieser Pläne kann natürlich nicht eine Harmonie von Angebot und Nachfrage auf einer optimalen Produktionshöhe zustandekommen.

Deutschlands Weltmarktabhängigkeit macht eine autonome Konjunkturpolitik, falls sie notwendig werden sollte, besonders schwierig. Nur dauernde wesentliche Ausfuhrüberschüsse ergäben genügend Bewegungsfreiheit für eine selbständige Politik auf diesem Gebiet. Der Schuman-Plan behindert eine Exporterweiterung unserer Wirtschaft, weil diese in der Ausfuhr von Fertigprodukten bestehen müßte, während dieser Plan die Ausfuhr des wichtigsten Rohstoffes fördert und damit die Eigenverarbeitung gefährdet.

Man könnte sich über die ungleichmäßige Behandlung der Mangel- und Überflusssituation trösten, wenn alle Beteiligten gleichmäßig betroffen würden. Hier zeigt sich aber die taktische Ungleichheit der wirtschaftlichen Positionen der Teilnehmer, die durch die formale